

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Kaufm. Ad. Schell, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.
Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld, für den übrigen
redaktionellen Theil: E. R.
Liebscher, beide in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen, bei unseren
Agenturen ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kud. Hoffe, Saanenstr. 4-6,
G. J. Danke & Co., Invalidenthurm.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
J. Kuglitz
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 843

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal,
am Sonntag, Montag und Freitag. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für
ganze Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 1. Dezember.

1893

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung vom 30. November, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

In der fortgesetzten ersten Verathung des Etats erhält
das Wort

Abg. Zimmermann (Antif., Ref.-St.): Meine Partei kann
vor allen Dingen für sich in Anspruch nehmen, eine Mittelstands-
politik zu treiben. Wenn aber der konervative Herr v. Frege Vor-
schläge macht zur Abschaffung der 3 Pfennig-Marke und zu einer
Stempelsteuer auf Postkarten, so trifft das gerade besonders den
Mittelstand. Die Regierungspolitik der Handelsverträge schädigt
den kleinen und mittleren Landwirthschaftsstand. Man hat die
Bewegung in den landwirthschaftlichen Kreisen eine demagogische
genannt. Das Wort „demagogisch“ hat jetzt die Reihe durch alle
Parteien gemacht, zuerst hat man bei der linken Seite an-
gefangen, und nun ist man sogar bei den Konservativen an-
gekommen. Wo will das hinaus? Die Konsumvereine ruinierten
den kleinen Kaufmannsstand, und bei uns in Sachsen versuchen
die Sozialdemokraten durch Konsumvereine den Mittelstand zu
ruinieren. Nun aber erleben wir sogar, daß die Offizierskonsum-
vereine von oben herab empfohlen werden. Die hohen Anwalts-
kosten verbunden mit dem Anwaltszwang verkümmern das
Recht. Betreffs der Quittungssteuer beruft man sich auf
Frankreich. Aber dort herrscht über diese Steuer in den mittleren
Ständen große Erbitterung. Anstatt lebhaftig die Börse höher her-
anzuziehen, verbindet man die Frachtbrief- und Quittungssteuer
mit der Börsensteuer, obgleich beide mit einander nichts zu thun
haben. Die Weinsteuer ist keine Luxussteuer, sondern belastet
gerade den kleinen Weinbauer, der es ohnehin schon schwer genug
hat. Daß man Handel und Wandel in Wein ruinieren will, müssen
wir ebenso energisch bekämpfen wie die Tabaksteuer. Der
Minister weist darauf hin, daß man sich leicht an eine schlechtere
Qualität gewöhne. Ich weiß nicht, ob der Finanzminister persön-
liche Erfahrungen darüber hat, aber Sachverständige haben mir
versichert, daß man sich an den Genuß der Monopolgarre erst in
einem Menschenalter gewöhnt. Wir ist es unfahrbar, wie man in
einer so schlechten Zeit Tausende von Arbeitern auf die Straße
werfen kann? Denn durch die neue Steuer werden Tausende von
Arbeitern arbeitslos. In der Cigarrenindustrie sind gerade viel
schwache Personen und Krüppel thätig. Wie kommt man dazu,
gerade die Tabakindustrie so zu belasten? In ihr werden die
wenigsten Maschinen gebraucht, und darum ist die Industrie
von sozialpolitischer höchster Bedeutung. Was würden Sie dazu
sagen, wenn wir dagegen vorschlagen, eine Maschinensteuer
einzuführen? Durch diese Tabaksteuer werden viele kleine In-
dustrielle der Sozialdemokratie in die Arme getrieben. Wenn
die sogenannte Finanzreform nur den Zweck haben soll, sich
um die frühere Erklärung des Reichstanzlers über die Auf-
bringung der Kosten für die Militärvorlage herumzuwinden, so
legen wir entschieden Protest dagegen ein. Wir werden bei der
Einzelberatung einen ausgearbeiteten Börsensteuergesetzentwurf vor-
legen. Ebenso empfehlen wir eine Reichseinkommen- und eine Erb-
schaftssteuer. Wo ein Wille, da ist auch ein Weg, aber der Wille
fehlt, der Börse, dem Großkapitalismus zu Leibe zu gehen. Man
stellt es oft so dar, als ob die Börse so nothwendig ist. Nun, sie
verschlingt ja noch immer große Summen. Ein Räthsel ist es, wie
die Sozialdemokraten die Besteuerung der Börse für verderblich
halten können. Herr Bebel hat vorgestern gesagt, daß er einen
Theil des ihm vom Nationalverein zur Verfügung gestellten Geldes
zu Gunsten der Sozialdemokratie verwenden habe. Das beweist,
daß seine Begriffe von Eigentum schon damals diejenigen waren,
die heute seine Partei theilt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)
Ohne eine künftige Sozialpolitik ist keine Sozialpolitik möglich.
Wir empfehlen des ferneren eine Dividendensteuer, die bei dem
Attentatkapital von 500 Millionen hohe Summen einbrächte. Die
Thätigkeit des Kuponabschneidens kann doch viel eher besteuert
werden als das Cigarrenmachen. Gelegentlich der Besprechung des
Spielersprozesses in Hannover wandte sich Abg. Richter gegen den
Antisemitismus. Seine Ausführungen machten den Eindruck, als
ob er glaubte, sich noch in der Generalversammlung des Vereins
zur Abwehr des Antisemitismus zu befinden. Der Antisemitismus
ist eine Kulturbewegung, die durch die ganze Welt geht. Herr
Richter möge doch nachlesen, was Schiller, Schopenhauer und Richard
Wagner über die Juden geschrieben haben. Unser Staat soll ein
Rechtsstaat sein, aber es ist schon so weit gekommen, daß die Juden
tatsächlich Vorrechte besitzen. Sehen Sie doch die unverhältnismäßig
hohen Zahlen an, die die Juden zum Richter- und Anwaltsstande stellen.
Ein wirklicher Kampf gegen das Ueberhandnehmen des jüdischen Ein-
flusses wäre nur dann zu erwarten, wenn die Regierung sich ent-
schließen würde, ebenso wie sie jetzt gegen die Landwirthe vorgeht,
gegen die Börse und die Juden vorzugehen. Es ist nicht wahr,
daß wir gegen und den einzelnen Juden verfolgen; wir halten es
aber für unser gutes Recht und unsere Pflicht, die Fahne des Deutsch-
thums hoch zu halten. Das Deutschthum wird überall zurückge-
drängt, z. B. in den russischen Disseprouzen und besonders in
dem uns befreundeten Oesterreich zu Gunsten des Tschechentums,
und die Reichsregierung ruht keinen Finger dagegen. Wenn der
Reichstanzler in der einen Beziehung mit der alten Realpolitik
des Fürsten Bismarck gebrochen und die ideale Politik den Schutz
des Deutschthums sich zur Aufgabe gemacht hätte, dann würden
ihm Hunderttausende zujubeln. Die deutsche Reformpartei steht
nicht, wie die „Nordb. Allg. Ztg.“ meint, alle Dinge aus dem
Guckloch der Judenfrage an. Die Politik der Regierung ist die-
jenige, wie sie gewisse Leute vor der französischen Revolution ge-
trieben haben. (Unruhe.) Ihr Steuerprogramm ist revolutionär,
darum bekämpfen wir es auf das allerentschiedenste. Angesichts
dieses muß ich fragen: Wer rief der Regierung das? Schon
jetzt herrscht großer Unwille und Mißtrauen gegen die Regierung,
und das wird anwachsen zu einer Sturmfluth, die sich bis zu den
Seufzern der Minister erstrecken wird. Der Reichstanzler hat doch
sehr versprochen, die Kosten der Militärvorlage nur den kräfti-
geren Schultern aufzulegen, und in dieser Voraussetzung haben
wir die Militärvorlage angenommen. Es ist unmöglich, daß der

Wortbruch gebilligt, daß die Militärvorlage im Reichstag erschlichen
worden ist.

Abg. Liebknecht (S.-D.): Ich bestreite, daß die antisemitische
Bewegung durch die ganze Welt geht. In Frankreich ist die ganze
antisemitische Gesellschaft im Schmelz des Panamaprozesses unter-
gegangen. In England und Amerika glebt es überhaupt keinen
Antisemitismus. Dem Mittelstand können Sie mit allen ihren
Heilmitteln nicht aufhelfen, der Kapitalismus richtet alles zu
Grunde. In England und Amerika, wo es keine jüdischen Kapi-
talisten giebt, ist der kleine Grundbesitz zu Grunde gerichtet wor-
den durch die christlich-germanischen Geldleute. In zweiter Linie
ist es der Junker, der den Bauer vernichtet, indem er ihn wie eine
Boa constrictor umarmt und erdrückt, und zwar nicht weil er
Junker ist, sondern weil ihm mehr Kapital zu Gebote steht. Das
ist eine eiserne Entwicklung in der Zeit des Kapitalismus, die nur
durch gründliche Umgestaltung der Gesellschaft beseitigt werden
kann. Die Zeit ist nicht mehr weit, wo die Leute einsehen, daß
sie von Ihnen (nach rechts) betrogen worden sind. In dem Kan-
noverischen Spielersprozeß sind nicht bloß jugendliche
Offiziere, sondern auch ein Generalleutnant, ein Oberstleutnant
u. s. w. verwickelt gewesen. Deuten nicht alle Erscheinungen des Pro-
zesses auf weite Verbreitung der Spielleute in der Armee hin? Wenn
alle Offiziere gegen das Spiel sind, dann bedarf es keiner Erlasse.
Ich bin überzeugt, daß die obere Behörde es ernst mit Beseitigung
der Mißstände meinen. Erlasse aber helfen nichts; denn was hat
der Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen geholfen zur Beseiti-
gung der Soldatenmißhandlungen, die als Schandfleck auf der
Armee lasten? Das Spiel ist überhaupt in allen Armeen ver-
breitet; wer, wie die Offiziere, keine ernsthafte geistige Beschäf-
tigung hat, verfällt auf solche Dinge. In dem Auftreten des Kriegs-
ministers gegenüber meinem Genossen Bebel lag ein Ausfluß der
militärischen Anschauung, daß der Soldat über dem Civil steht.
Sic volo, sic iubeo! Das Volk hat sich bei den Wahlen gegen
den Militarismus erklärt. Sie (nach dem Ministerlich hin) haben
nicht über den Reichstag zu urtheilen, sondern der Reichstag über
Sie. Der Kriegminister wie die ganze Armee ist vom Reichstag
abhängig (Lachen rechts). Wie kommt der Kriegminister dazu,
sich so verachtungsvoll über den Reichstag auszusprechen? (Vizepräsident
Fehr. v. Duol: Es ist nicht wahr, daß von jener Seite ver-
achtungsvoll über den Reichstag gesprochen worden ist. Ich rufe
den Redner zur Ordnung.) — Wenn der Kriegminister erklärt,
die Leute, die den Prozeß ausbeuten, gehörten auf die Anklagebank
so haben wir die Pflicht, dagegen Verwahrung einzulegen. Ein
jeder Abgeordneter hat die Pflicht, nach außen wie innen hin die
Würde des Hauses zu wahren. Es ist niemals ein gutes Zeichen
für die Armee gewesen, wenn sie in diesem Ton der Unfehlbarkeit
von ihrer eigenen Vollkommenheit spricht. Ich erinnere an die
Zustände vor der Schlacht bei Jena. Der Redner der Konser-
vativen, Herr v. Frege hat eine Andeutung gemacht, als wenn wir
das letzte Attentat von uns abschütteln sollten; wir fühlen
uns dazu nicht verpflichtet, wir stehen auf dem Boden einer Welt-
anschauung, welche jedes derartige Attentat entweder für einen
Wahnsinn oder für ein ganz gemeines Verbrechen hält. (Zustim-
mung bei den Sozialdemokraten.) Was hätte es der Welt, was
hätte es meiner Partei genützt, wenn der Reichstanzler oder der
deutsche Kaiser getödtet worden wäre? Hätte das eine Systemän-
derung hervorgerufen? Das Attentat hätte, wenn es geglückt
wäre, höchstens eine Reaktion in der Politik hervorgerufen,
und dann wären die konservativen Herren am Ruder ge-
wesen und hätten statt 40 Millionen Liebesgabe 100 Millionen
herausgeschlagen. Gerade in den Ländern, wo der Sozialismus
am meisten herrscht, kommen die wenigsten Attentate vor. Redner
erinnert an die Vorgänge in Frankreich, wo der Seheprärest 30 000
Franken zur Unterstützung von Anarchisten ausgeworfen hatte,
um den Sozialisten den Garaus zu machen. Aber wir brauchen
nicht soweit zu gehen. Das Gute liegt ja so nahe. Haben wir
nicht bei uns unter dem Sozialistengesetz auch bezahlte Lockpögel
gehabt, einen Schröder und Genossen? Gerade das hat nicht zum
wenigsten das Sozialistengesetz allen anständigen Leuten bereitet.
Das Prinzip des Anarchismus wurzelt in der heutigen bürgerlichen
Gesellschaft. Der Grundsatz, ihr habt alle keinen Willen, nur mein
Wille gilt, ist ja auch unter der absoluten Monarchie zum vollen
Ausdruck gekommen. Der Kultus des Ich herrscht in der bürger-
lichen Gesellschaft. Die freie Konkurrenz, der Krieg aller gegen
alle führt nothwendig zum Anarchismus. Aus dieser Erwägung
heraus hat ja auch einst der Minister von Puttkamer hier gesagt,
ein Anarchist sei ihm lieber als ein Sozialdemokrat. Wir verlangen
die Aufbringung aller Ausgaben durch direkte Steuern, und ihre
Einführung im Reiche ist zweifellos verfassungsmäßig. Die indirekte
Steuer wird vom Finanzminister nur darum bevorzugt, weil der
Aufwand des einzelnen für dieselbe nicht genau kontrollirt werden
kann. Die ordentlichen Ausgaben des Reichs sind seit 1871 von
338 Millionen auf über 1 Milliarde bisher gestiegen, und an dieser
Steigerung haben vor allem die Militärausgaben Schuld.
Es liegt im Wesen des Militarismus, daß er niemals genug haben
kann. Wir können mit dem heutigen Militärsystem nicht mehr den
Aufgaben genügen wie vorher. Wir müssen für die Zwecke der
Landesverteidigung einen breiteren Rahmen schaffen und das
schwerwiegende Militärsystem uns zum Muster nehmen. Die Soldaten-
mißhandlungen kommen hauptsächlich bei der Ausbildung der Re-
kruten vor, und diese könnte bei der militärischen Jugendzucht
sich viel besser gestalten. Der Militarismus greift auch in das
bürgerliche Leben ein. Wenn jemand, der aus dem Militärver-
bande bereits entlassen ist, trotzdem noch vor ein Militärgericht ge-
stellt werden kann, so sind das Zustände, die sich das deutsche
Bürgerthum nicht gefallen lassen kann. Wir brauchen nicht erst in
den Kasernen Propaganda für die Sozialdemokratie zu machen.
Die heranwachsende Generation ist schon vor Eintritt in das mili-
tärliche Verhältnis sozialdemokratisch. Unsere Bedenken gegen die
Kolonialpolitik sind vollkommen gerechtfertigt worden. Diese
Politik besteht lediglich in militärischen Expeditionen und ist nicht
eine Politik für die Kultur, sondern gegen die Kultur. Ebenso
können wir auch den fortwährenden Neubau von Panzerschiffen
nicht gutheißen. Denn kaum ist ein neuer dicker Panzer
hergestellt, so wird ein stärkeres Geschloß erfunden, worauf dann

noch ein dicker Panzer gemacht werden muß, und so geht es fort.
Für den Militarismus ist Geld da, für Kulturaufgaben aber nicht.
In Düsseldorf werden die geringen Ausgaben für die Kunstschule
auf alle Weise beschnitten, in derselben Stadt werden aber zwei
neue Kasernen gebaut. Wie groß der Nothstand unter der arbeiten-
den Bevölkerung ist, beweisen die von Sozialdemokraten in ver-
schieden Städten veranstalteten Arbeitslosenstatistiken. Und diese
Leute will man jetzt noch höher belasten? Böse sind diesen
Reichstag auf, wenn er nicht Ordre parirt! Nur zu! Das
deutsche Volk wird auch diesmal sich in seiner Mehrheit gegen den
Militarismus erklären. Mit der Unzufriedenheit wächst die Sozial-
demokratie. Noch heute ist das Wort Orientismus wahr, daß die
Welt mit wenig Weisheit regiert wird. Um uns zu vernichten,
setzt man alle Nachmittel der Gesellschaft in Bewegung, vom Re-
gierungs-Präsidenten bis zur Gendarmerei. Der Erlaß des Mi-
nisters des Innern an die Regierungs-Präsidenten zeugt von einer
unglaublichen Kurzsichtigkeit. Das zeigt, daß die Regierung eine
so große Bewegung wie die Sozialdemokratie in ihrem inneren
Weien nicht kennt. Dieses Vorgehen erinnert an jene englische
Dame, die, als man ihr von dem Gerannagen der Springfluth
meldete, hinausging, um mit dem Eimer das Meer auszuschöpfen.
(Gelächter.) Bei Ihnen (nach rechts) eigenen Standesgenossen ist
ja der Bazillus der Sozialdemokratie bereits verbreitet, es
giebt viele unter Ihnen, die sozialdemokratisch fühlen und
denken. Die Kriegsfurcht ist ganz grundlos. Frankreich ist
bei der Zerrüttung seiner inneren Verhältnisse gar nicht in der
Lage, jetzt einen Krieg zu führen. Auch Rußland gegenüber ist die
Kriegsfurcht unbegründet. Hat es sich doch herausgestellt, daß dort
das neue kleinfährige Gewehr, wofür 30 Millionen ausgegeben
wurden, jetzt noch nicht einmal das Holz und Eisen werth ist, das
zu seiner Herstellung gebraucht wurde. Die Mehrheit des Volkes
hat sich gegen den Militarismus erklärt: Populi voluntas
suprema lex! Ich breche ab mit den alten Worten: „Diesem
System keinen Mann und keinen Groschen.“ und füge hinzu: von
diesen Steuervorlagen auch nicht einen Pfennig! (Beifall bei den
Sozialdemokraten.)

Vizeprä. Fehr. v. Duol ruft den Abg. Zimmermann wegen
des Schlußes seiner Rede: „Es ist unmöglich, daß der Wortbruch
gebilligt werde, es ist unmöglich, daß die Militärvorlage im deutschen
Reichstage erschlichen worden ist“ nachträglich zur Ordnung.

Reichstanzler Graf v. Caprivi: Gegenüber der Beratung
des Vorredners auf Orientismus Wort möchte ich sagen, die beiden
letzten Reden zeigen, mit wie wenig Weisheit Reden im deutschen
Reichstag gehalten werden. Es mag sein, daß, wie gestern Herr
v. Kardorff sagte, das allgemeine Wahlrecht an den Agitationen
viel Schuld ist. Daß aber agitatorische Mittel in einem solchen
Umfange hier im Reichstag angewandt werden, wie es jetzt
geschieht, ist eine sehr neue Erscheinung und eine sehr beklagens-
werthe. Der Abg. Liebknecht wandte sich in den Variationen, die
wir von ihm oft genug gehört haben, mit Vorliebe gegen den
Militarismus, und ich finde es natürlich, daß er die Vorgänge in
Hannover für seine Argumentation in Anspruch nimmt. Die
Dinge, die da vorgekommen sind, werden der Abhandlung auf dem
Wege nur so weit unterzogen werden, als die dazu berufenen
Instanzen und Behörden es für nothwendig halten. Militärscher-
zeits sind die Mittel geboten, um die Wahrheit zu ermitteln. Es
ist eine alte Sitte in der preussischen Armee, daß, wenn ein
Offizier glaubt, daß seine Ehre verletzt worden ist, er die Mittel
findet, die geeignet sind, einen Sprach herbeizuführen, um
klar zu machen, ob in der That seine Ehre verletzt worden ist.
Diese Dinge sind im Gange, und man ist gewohnt, während der
Untersuchung die Verhandlungen darüber auszusetzen. Ich schlage
daher vor, auch diese Dinge ruhen zu lassen, bis sie ihre ge-
wiesenen Wege gegangen sind. Der Abg. Liebknecht und seine
Partei haben es sich zweifellos zur Aufgabe gestellt, die Armee in
ihren innersten Fesseln zu erschüttern. (Sehr richtig! rechts.)
Sollte der Abg. Bebel wirklich glauben, daß er im Stande ist, der
Armee eine neuere bessere Organisation zu geben und sie über
Taktik zu belehren? Das glaubt er selbst nicht. Was er aber
will, ist, daß die Leute im Lande es glauben und, wenn sie sich
einmal in der Armee befinden, durch diesen Glauben die Disziplin,
das Vertrauen zu den Vorgesetzten, zu ihrer Führung im Kriege
erschüttern. Wenn Sie dieses Ziel erreichen, so wird der Preis
dieser Thätigkeit nicht die Armee sein, sondern Deutschland. Gegen-
über der Meinung des Abg. Liebknecht, es sollten die Kräfte der
Offiziere mehr ausgenutzt werden, dann würden sie für der-
artige Dinge, wie sie in Hannover vorgekommen sind, keine
Zeit haben, muß ich sagen: Wenn ich doch Herrn Liebknecht
6 Monate zur Reitschule kommandiren könnte. (Große Gelächter.)
Das deutsche Volk hat die Liebe zur Armee nicht verloren, und ich
stärke mich dabei auf den Eindruck, den ich in den neuesten deut-
schen Ländern gewonnen habe, in Elsaß Lothringen. Es wird den
Sozialdemokraten nicht gelingen, die Anarchisten abzuschütteln, sie
sind mitverantwortlich dafür, und wenn sie diese Verantwortlichkeit
ableugnen, die Mehrzahl des deutschen Volkes glaubt ihnen das
nicht. Wenn es erst so weit wäre, daß die deutsche Armee für ihre
Erkennung der Thatlage der Herren Liebknecht und Bebel bedürfte,
dann würde ich den verbündeten Regierungen rathe, die Armee
abzuschaffen, denn das Theuerste, was es giebt, ist eine schlechte
Armee. Aus der Rede des Abg. Zimmermann kann ich trotz der
physikalischen Kraft, die er anwandte, Belehrungen nicht schöpfen.
Er meinte, die Bezeichnung „demagogisch“ wäre nach und nach allen
Parteien beigelegt worden; ist ihm bei seiner langen Thätigkeit,
die doch entschieden einen demagogischen Charakter trägt, noch nicht
klar geworden, daß das Demagogische in der Methode, nicht im
Gegenstand selbst liegt? Man kann Republikaner sein und seine
Anliegen niederlegen, ohne im Mindesten „demagogisch“ zu sein;
aber Ihre Methode ist entschieden demagogisch und deshalb gefährlich.
Ein nicht unerheblicher Theil der Herren wird wohl inzwischen der-
selben Ansicht geworden sein, die ich im vorigen Winter über die
Verbindung des Bimetallismus und Antisemitismus äußert
Ihnen fängt der Antisemitismus an unangenehm zu werden. Au-
ßer der Antisemitismus ist eine Vorfrucht der
Sozialdemokratie. Eine jede Erregung von Unzufrie-
denheit kommt dieser zu Gute. Alle kleinen Bäche, die von

(zu den Antisemiten) ausgehen, fließen zuletzt in den großen sozialdemokratischen Strom. (Widerspruch bei den Antisemiten.) Erst kommt der Religionismus dann der Rassenantisemitismus. Was übrig bleibt, ist der Kapitalantisemitismus; und es ist das Gefährliche des Antisemitismus, daß zuletzt nicht mehr unterschieden wird zwischen jüdischen und christlichen Kapitalen. Viele Kreise sind nicht geneigt und vielleicht auch nicht geeignet, so zu unterscheiden. Die Bewegung richtet sich gegen das Kapital, sie werden sie beim jüdischen Kapital nicht zum Stehen bringen, sondern sie wird sich schließlich gegen das Kapital überhaupt richten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Zimmermann hat dann die Reichsregierung aufgefordert, mit derselben Schärfe gegen die Juden vorzugehen, wie gegen die Landwirthe. Wo hat er mich schon einmal gegen die Landwirthe so scharf auftreten sehen? (Zuruf des Abg. Zimmermann: hier.) Man kann mir vielleicht vorwerfen, daß ich die Landwirthe nicht so förderte, wie ich sie fördern könnte, aber eine Schärfe kann mir nicht nachgewiesen werden. Man wird mir auch keine Schärfe gegen meine jüdischen Mitbürger nachweisen können. Ich stelle alle meine Mitbürger im amtlichen Verkehr einander gleich. Der Abgeordnete Zimmermann ist dann auf die auswärtige Politik eingegangen und behauptete, der neue Kurs habe den deutschen Namen in den Ostprovinzen nicht gefördert und er habe die Tschechen in Oesterreich gegen die Deutschen aufkommen lassen. Er hat auf den Fürsten Bismarck Bezug genommen und uns arme Sünder in Vergleich zu diesem großen Mann gestellt. Um über die auswärtige Politik zu sprechen, muß man einige historische Kenntnisse haben. (Zustimmung und Heiterkeit.) Wenn das beim Abg. Zimmermann zuträfe, würde er wissen, daß Fürst Bismarck sich vor nichts mehr gehütet hat als sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu mischen. (Sehr wahr!) Diesem charakteristischen Kennzeichen der Bismarckschen Politik eifern wir vollkommen nach. Wer unsere Denkschrift über unsere Kolonien gelesen hat, kann nicht im Zweifel sein, daß in absehbarer Zeit kein Menscheneuropäer nach unseren Kolonien möchte ist, es müßten denn Verbrecherkolonien sein. Der Abgeordnete wird sich also gebulden und seine sozialpolitischen Ansichten danach einrichten müssen, daß wir auch ohne Sozialpolitik in seinem Sinne Sozialpolitik treiben. Was nun meine Versprechungen über die neuen Steuern betrifft, so habe ich mit großer Vorsicht damals gesagt: „Ich werde versuchen, ich werde darnach trachten.“ Obwohl ich so vorsichtig gewesen bin, habe ich doch aus Pflichtgefühl, nicht dem Herrn Abgeordneten zu Liebe gethan, was ich thun konnte, um in dieser Richtung wirksam zu sein. Wir haben bei den Steuern niemals den Gesichtspunkt aus den Augen gelassen, weder die Landwirthe noch die ärmeren Klassen zu belasten. Wenn wir neue Steuern ausstellen, so können sie nicht allein von den Begüterten aufgebracht werden. (Hört, hört! links.) Die verbündeten Regierungen haben die Verpflichtung, das Eigenthum zu schützen; wir können nicht die besitzenden Klassen verderben, um dann in einen Zustand zu geraten, den wir nicht übersehen können. Wir sind so weit gegangen, wie wir haben gehen können. Die Tabaksteuer ist nicht die alte Gewichtssteuer, welche die weniger tragfähigen Schultern verhältnismäßig sehr stark belastete. Die Bärensteuer ist im Vergleich zum früheren Projekt verschärft worden. Die Weinsteuer schon die schwächeren Schultern ganz unvernünftigmäßig. (Widerspruch.) Eine Reichseinkommensteuer ist zur Zeit nicht durchführbar. Endlich sprach der Abgeordnete aus, unsere Politik gleiche derjenigen vor der französischen Revolution. Die Männer, die in der französischen Revolution auftraten, von Mirabeau bis Danton haben vergeblich den Versuch gemacht, die von ihnen begonnene Bewegung da zum Stehen zu bringen, wo es ihren individuellen Neigungen passte. Ich gebe mich aber der Hoffnung hin, wir werden es nicht erleben, daß der Abg. Zimmermann den Versuch an sich selber antestellt. (Heiterkeit und Beifall.) Ich weiß nicht, welche Rolle er dabei spielen würde!

Abg. v. Plösch schließt sich Namens der deutschkonservativen Mitglieder des Bundes der Landwirthe der am Mittwoch vom Abg. v. Radowitz verlesenen Erklärung an.

Abg. Dr. Förster (Antisemit) führt aus, daß die Judenfrage eine sehr alte sei. Unser Thun ist nicht gegen die christliche Liebe, sondern wir verfolgen gerade ein echt religiöses Gebot, indem wir für unser Volksthum eintreten. Mit Herrn Rickert werden wir uns allerdings nicht verständigen. Was wir vertreten, halten wir für sehr deutsch und auch für sehr freisinnig, allerdings nicht für deutschfreisinnig. (Große Heiterkeit.) Die agrarische Bewegung mag manchmal über den Strang schlagen, aber sie ist im Grunde gerechtfertigt. Lasse der Graf sich warnen und nicht vom Bösen umgarnen! Wir wollen nicht als künftige Männer für innere Reichthümer gehalten werden. Die Kritik der militärischen Verhältnisse seitens der Sozialdemokraten enthält gar keinen neuen Gedanken. So schlimm steht es noch nicht mit dem Deutschen Reiche, daß nur die Sozialdemokratie allein helfen könnte. Der Abg. Bebel hat seinen atheistischen Standpunkt dem Christenthum gegenüber gestellt. Ich verwahre mich gegen den Hohn, mit dem die Sozialdemokraten vom Christenthum sprechen. Oder zeugt es etwa von besonderer Moral, wenn Herr Bebel selber, die ihm zu gewissen Zwecken gegeben waren, zu anderen Zwecken verwandte? (Rufe: Schluß!) Ich werde dann schlafen, wenn es mir selber gefällt. (Heiterkeit.) Zum Schluß möchte ich sagen, daß zwar eine Einigung bezüglich der Steuern kaum erreichbar scheint, aber wenn man sich doch an den Patriotismus wendet, d. h. an die Opferwilligkeit, so ist dagegen einzumenden, daß die neuen Steuern nicht volksthümlich sind. Es fehlt der neuen Steuerreform an Einheitlichkeit.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt Abg. Zimmermann: Der Reichskanzler hat mit wenig Witz, der nicht im Verhältniß zu dem Behagen stand, mit dem er sprach, mich angegriffen. Wenn er einen Redner abfertigen will, muß er ihn verstehen. Er hat mich aber nicht verstanden; die Ausführungen des Reichskanzlers sind ja entschuldbar, weil er von der Judenfrage auch im allgemeinen nichts versteht. (Präsident v. Levetzow: Sie brauchen den Reichskanzler in Form einer persönlichen Bemerkung nicht zu entschuldigen. (Große Heiterkeit.) Wie kommt der Reichskanzler dazu, uns in dieser Weise zu verächtlichen und uns sozialdemokratische Gesinnung vorzuwerfen? Was würde er antworten, wenn ich ihm vorwürfe, daß er die Interessen des Auslandes vertritt? Wenn er aber sagte, daß er seine Erklärung über die Ausbringung der Kosten mit aller Vorsicht abgegeben habe, so bestätigt sich ja meine Meinung, daß er dabei Hintergedanken gehabt hat.

Präsident v. Levetzow: Der Redner ist wegen dieser gegen den Reichskanzler gerichteten Insinuation schon einmal zur Ordnung gerufen worden. Ich rufe ihn zum zweiten Male zur Ordnung.

Abg. Bebel: Die Ausführungen des Abg. Zimmermann, daß ich bei der Verwendung der mir vom Nationalverein zur Verfügung gestellten Gelder die Eigenthumsverhältnisse verwechselte habe, könnte mich unter Umständen beleidigen. Aus dem Munde des Abg. Zimmermann ist es aber keine Beleidigung. Am allerwenigsten hat ein Mann wie der Abg. Zimmermann Veranlassung, mir einen solchen Vorwurf zu machen, dem vom „Waterland“, dem Organ der sächsischen Konservativen, über die Verwendung fremder Gelder Vorwürfe gemacht sind. Wenn man mir das gesagt hätte, ich würde mich schämen. Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß meine Worte betreffs des Christenthums so gedeutet werden, wie

es der Abg. Förster gethan hat; ich habe nicht das Christenthum angegriffen, sondern nur angeführt, daß die Herren nicht das thun, was sie als gute Christen thun müßten.

Abg. Zimmermann. Der Angriff im „Waterland“ ist mir bis zur Stunde noch unbekannt. Sobald ich ihn gelesen haben werde, werde ich den Verleumder zur Verantwortung ziehen. (Beifall. Bei mir können Sie davon Einsicht nehmen.)

In üblicher Weise wird alsdann der größte Theil des Etats der Budgetkommission überwiesen.

Präsident v. Levetzow schlägt vor, auf die Tagesordnung am Freitag die erste Verathung des — bekanntlich in Form eines Gesetzentwurfs eingebrachten — Jesuitenansatzes des Centrums zu setzen.

Graf Gomperich (Ctr. zur Geschäftsordnung) beantragt, „event. zweite Lesung“ hinzuzufügen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (erste und event. zweite Verathung des Jesuitenansatzes).

Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 30. Nov. Eine Stimme, vor der die Wände bebten, eine schmetternde, helle, unermüdblich bis in die höchsten Tonlagen kletternde Stimme, ein Monstrum von Stimme, vor dessen Schall man sich zuletzt nicht mehr zu retten wußte, das war die erste Rede der heutigen Tagesdebatte, und diese Stimme und diese Rede gehörten dem Antisemiten Zimmermann an. Vor lauter Verblüfftheit über solche ungeheuren Stimmittel kam man gornicht dazu, sich noch um etwas Anderes bei dem Redeschwall zu kümmern. Herr Zimmermann ist der echte und rechte Versammlungs-sprecher, ein Virtuoso der Phrase, ein Feind jedes tieferen Gedankens, ein fanatischer Befürworter zu allen Platteitigkeiten, mit denen man einen unkundigen Haufen zusammengekaufter Anhänger hypnotisiren kann. Aber zu den augenblicklichen Verhältnissen gehört es nun einmal, daß auch ein solcher Mann ernst genommen werden muß, nicht seiner selbst wegen, sondern weil hinter ihm eine um sich greifende Bewegung steht. Die Wirkung, nämlich das Vorhandensein von anderthalb Dutzend antisemitischer Abgeordneter, tritt weit zurück hinter die Ursache, nämlich hinter den Antisemitismus selbst. Wenn man aus der Zimmermannschen Rede das ornamentale Beiwerk des Judenthums ausschaltet, so bleibt die echte und rechte Sozialdemagogie übrig, eine noch schlimmere Sache als die Sozialdemokratie ist. Und daß solche Tendenzen jetzt ans Licht der Öffentlichkeit drängen und im Reichstage laut werden können, das ist kein Uebel, sondern ein Vortheil, um dessentwillen man gern die widerwärtige Erscheinungsform, in der sich dies Neue zeigt, mit in den Kauf nimmt. Nichts ist lehrreicher und amüsanter zugleich als die Wirkung einer solchen Antisemitenrede auf die Konservativen zu beobachten. Mitten unter den Konservativen sitzen die Antisemiten, und wenn sie auch nicht eine Abart der Rechten sind, so ist die Rechte doch eine Abart von ihnen. Aber sie ist es nur bis zu der Grenze, wo eine verzweifelte Demagogie beide Richtungen umfaßt, und der Anblick des echten und unverfälschten Antisemitismus wirkt augenscheinlich ernüchternd, am Ende gar erzieherisch auf die Konservativen. Bei aller Gemeinsamkeit der Angriffspunkte ist ein Unterschied in der Kampfart nicht bloß, sondern auch in dem Boden da, von dem aus gekämpft wird. Als der Reichskanzler heute Herrn Zimmermann die unverdiente Ehre einer langen Erwiderung anthat und darauf verwies, wie bedenklich den Konservativen jetzt wohl schon die agitatorische Verwendung des Antisemitismus erscheinen müsse, wurde aus den konservativen Reihen kein Widerspruch laut. Bei der starken politischen Abneigung der Konservativen gegen den Grafen Caprivi will das immerhin etwas sagen. Ist Herr Zimmermann der Klopffechter, wie er im Buche steht, so erscheint eine andere Leuchte der Antisemitenpartei, Herr Förster, der Freund Ahlwards, als neue und keineswegs verbesserte Auflage des verflorenen Sabors. Welche Enttäuschung! Auf einen „wissenschaftlich durchgebildeten“ Redner, auf einen „Erwecker deutschen Volksthum“, war man durch die antisemitische Reklametrommel vorbereitet, und nun bestieg die Tribüne ein Mann, der alle Unarten eines Schullehrers, wie er nicht sein soll, mit der Selbstgefälligkeit tödtlicher Langeweile zu einem Brei von ungewollter Komik durcheinander rührte. Der ungeschriebene Sittenkodex der Parlamente enthält eine Form der Vernichtung, deren Grausamkeit vor ihrer allzu häufigen Anwendung abschreckt; es ist das das Mundtodtreden durch laute Privatgespräche und das Aufgreifen von ungeschickten Wendungen des Sprechers, die mit ungeheurer Heiterkeit in ihr Gegentheil karrikirt werden. So erging es vormalig dem bedauernswerthen Tieffinn des Herrn Sabor, so jetzt der platten Bedanterie des Herrn Förster. Vollends vernichtend aber wird eine derartige Exekution, wenn der Präsident den Redner seinem Schicksal überläßt, die Privatgespräche gehen läßt, wie sie wollen und der hohhaften Heiterkeit nicht gebietet. Der Reichskanzler hatte es jedenfalls mit einem unterwerthigen Gegner zu thun, als er Herrn Förster abfertigte. In der langen Liebknechtschen Rede interessirte eigentlich nur ein Punkt, die Befähigung, mit der der sozialdemokratische Redner einen Strich zwischen seiner Partei und dem Anarchismus zu ziehen suchte. Man würde sich dies Bemühen, das gewiß nicht bloß einem taktischen Bedürfnis entspringt, sondern mancherlei für sich hat, immerhin gefallen lassen, wenn es Herrn Liebknecht nicht beliebt hätte, eine Verwandtschaft des Anarchismus mit dem bürgerlichen Liberalismus zu konstruiren. Hier hört der Spaß denn doch auf, obwohl nicht die Heiterkeit. Immer, wenn Liebknecht spricht, wird man die Frage nicht los, was seine Parteigenossen wohl darum geben würden, wenn sie die diesen Subelgreis irgendwo in ein Allerheiligstes setzen und nur anbeten lassen könnten, ohne daß der Gefeirte Neben halten dürfte. Es ist nicht das Was, sondern das Wie in seinen Reden, wodurch regelmäßig

die besten Absichten und eine manchmal ganz verständige Ansicht verdorben werden.

Berlin, 30. Nov. Von einem Gnadengesuch der in Riel verhafteten französischen Offiziere an den Kaiser wird in Hoffreisen gesprochen. Die Offiziere sollen abschlägig beschieden und auf den Ausgang der Verhandlung vor dem Reichsgericht verwiesen worden sein. Wir können die Mittheilung im Augenblick nicht prüfen.

Berlin, 30. Nov. Entgegen der Behauptung, daß die russischen Unterhändler in der Frage der Eisenzölle besonders große Zugeständnisse gemacht hätten, können wir auf das allerbestimmteste versichern, daß gerade an diesem wichtigen Punkte die Differenzen die beträchtlichsten sind. Wir erfahren das von derselben Seite, die uns gestern darüber unterrichtet hat, daß Rußland im Allgemeinen ganz ansehnliche Zugeständnisse gemacht hat. Nur eben berührt dies Entgegenkommen nicht die Eisenzölle. Man ersieht daraus, was von den Behauptungen zu halten ist, daß der Vertrag, wenn auch noch nicht formell, so gut wie abgeschlossen sei. Er ist das so wenig, daß vielmehr mit herabgesetzten Erwartungen auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen geblickt wird. Eine Beschleunigung des Geschäftsganges bei den Verhandlungen ist auch für die nächste Zeit kaum anzunehmen. Auf beiden Seiten wird erklärt, aber man hält sich wenigstens thatsächlich daran, daß man „warten“ könne. Dies Wartenkönnen ist vom russischen Standpunkte aus insofern als glaubhaft zu betrachten, als die die Frage Handelsbeziehungen zu uns für das Jarenreich erst mit der neuen Ernte wieder besonders praktisch und dringend wird. Daß wir warten können, haben wir den Russen schon genügend gezeigt.

Der Bundesrath hat dem Abkommen mit der Schweiz über den Patent-Muster- und Markenschutz die Zustimmung erteilt.

Zu den Pariser Meldungen über die Attentatsversuche auf den Kaiser und den Grafen Caprivi schreibt heute die „N. A. Z.“:

„Es wird hier nicht verstanden, weshalb man sich in Frankreich so außerordentliche Mühe giebt, die Verantwortlichkeit für die in Orleans ausgeheckten Bubenstücke von den französischen Anarchisten weg auf ausländische Ausländer zu schieben. Es erscheint dies hier um so weniger verständlich, je geringeres Gewicht hier überhaupt jener Verbrechertat beigemessen wurde.“

Die letzteren Worte richten sich offenbar auch an die Adresse der loyalen „Kreuztg.“, die außer sich darüber ist, daß dieses Bubenstück nicht zu einer großen politischen Staatsaktion aufgebauscht worden ist, die ihr das Fischen im Trüben gestatten würde!

Es hat Aufsehen erregt, daß in dem Eulenburgschen Erlass betreffend die Bekämpfung der Sozialdemokratie nach dem im „Vorwärts“ veröffentlichten Wortlaut der Regierungsbehörden ein „straffes gerichtliches Einschreiten“ gegen Gesetzesverletzungen zur Pflicht gemacht werde. Offiziös wird erklärt, hier liege ein „Druckfehler“ vor, im Text sei nur von einem „strafgerichtlichen“ Einschreiten die Rede.

W. B. München, 30. Nov. Die Kammer der Abgeordneten setzte heute die Verathung des Militäretats fort. Dem Abg. v. Bollmar gegenüber bestritt der Kriegsminister die Existenz des Kastenregiments bei dem Offizierkorps und betonte, daß die Armee nicht bloß das Vaterland gegen äußere Feinde zu vertheidigen, sondern auch die innere Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten habe. Der Regimentsminister erklärte sich bereit, gelegentlich im Bundesrathe eine Erhöhung der Entschädigung für Einquartierungen anzuregen. Abg. Wagner beantragte eine authentische Interpretation betreffs der Ausschließung der Deffektivität im Militärprozesse. Fortsetzung morgen. Der Finanzminister v. Riedel theilte mit, er reise heute für mehrere Tage nach Berlin.

Vermischtes.

Aus der Reichshauptstadt, 30. Nov. Kaiserin Friedrich hat dem Berliner Magistrat auf seine Glückwunschadresse zu ihrem Geburtstag ein Dankschreiben mit dem Ausdruck lebhafter Befriedigung zugehen lassen, auch bei dieser Veranlassung den aufrichtigen Wünschen Ausdruck geben zu können, welche sie für das Wohl der Hauptstadt und ihrer Bewohner hege.

Im Auslande befindet sich der Kirchenchor der Zwölfapostelgemeinde. Der Chor stand früher unter Leitung des jetzigen zweiten Domchorleiters Präfer. Bezüglich der Wahl eines Nachfolgers ist es nun zwischen dem Chor und der Gemeinde-Kirchenverwaltung zu Differenzen gekommen. Während die Kirchenverwaltung den als Leiter eines Frauenchors bekannten Direktor Kulenkampf mit der Leitung zu betrauen gedachte, wünschte der Chor selbst die Berufung des Lehrers an der Hochschule für Musik Leopold Wolf. Da sich eine Einigung nicht erzielen ließ, hat der Chor einfach seine Thätigkeit eingestellt und die Gemeinde muß jetzt ihren Gottesdienst ohne Kunstgelingen abhalten.

Der auswanderungslustige Sohn des Kaufmanns B. aus der Dresdenerstraße, der, wie gemeldet, am Montag seine Reise nach Brasilien angetreten hat, ist nur bis Bremen gekommen, wo er von der Polizei angehalten wurde. Der durch den Diebstahl benachrichtigte Vater befindet sich bereits unterwegs, um den jungen Abenteuerer den heimischen Pflichten wieder zuzuführen. Der Entschluß zur Auswanderung hat eine bezeichnende Vorgeschichte. Vor einiger Zeit hatte ein aus Brasilien zurückgekehrter Arzt hier buntschillernde Käfer verschenkt, die als Schmuckgegenstände gefaßt wurden. Dies in Verbindung mit den Schilderungen des tropischen Wunderlandes, hatte in dem Knaben eine Sehnsucht nach drüben erweckt. Er erhob auf ein entwendetes Spartassensbuch 100 M. und überredete den Sohn des Dr. B., ihn zu begleiten. Diesem wurde aber der Entschluß wieder leid, so daß der junge B. allein von dannen zog.

Weibliche Buchhalter werden ihren Einzug in die Bank von England, die ihnen bisher verschlossen war, halten! Sie werden zunächst in der die Ausgabe und den Empfang von Noten besorgenden Abteilung beschäftigt und den Wälden des Publikums entzogen sein.

Wer will sich einen Vulkan kaufen? Die beiden großen Vulkane Strollur und Seyfir auf Island gehören einem Privatmann. Dieser hat im „Kopenhagener Anstbl.“ die Anzeige erlassen, daß beide Vulkane für 3000 Kronen zu verkaufen sind.

† Die Silberstatue einer Schauspielerin. Die berühmte Statue auf der Chicagoer Ausstellung aus gebletem Silber, die die dramatische Künstlerin Ada Rehan als Göttin der Gerechtigkeit darstellt, und die in der künstlerischen und theatralischen Welt der Gegenstand so vieler Streifungen war, ist dieser Tage in New York eingetroffen. Frank Borge, der Vizepräsident der Montana Silber Statue Company, begleitet das eigens für die Chicagoer Weltausstellung gegessene Kunstwerk. Die Statue ist, obwohl sie nicht ein Kunstwerk im wahren Sinne des Wortes ist, einzig in ihrer Art, und zwar schon wegen des außerordentlichen Wertes der kostbaren Metalle, aus denen sie zusammengesetzt ist. Sie ist 9 Fuß hoch und besteht vollständig aus gebletem Silber, das aus den Silbergruben aus Montana kommt; das Silber allein stellt einen Werth von 64 800 Dollars dar und das goldene Fußgestell, auf welchem die Bildsäule ruht, kostet gar 224 000 Doll. Das silberne Ebenbild Ada Rehans nahm auf der Chicagoer Weltausstellung in dem Bergschauhause einen hervorragenden Platz ein. Die Mitglieder der Montana Silber Statue Company wollen jetzt als praktische Amerikaner die Statue, die soviel von sich reden machte, zu Spekulationszwecken verwenden und glauben, durch eine Ausstellung des Kunstwerks in den hervorragendsten Städten der Vereinigten Staaten und Europas große Schätze sammeln zu können.

Polnisches.

Posen, 1. Dezember.

d. Ueber die Wahl im Kreise Lößau, wo bekanntlich der Reichstagsabgeordnete Dr. Rzepnikowski nunmehr auch zum Landtagsabgeordneten gewählt worden ist, entnehmen wir der Korrespondenz eines polnischen Wahlmanns von dort, welche im „Gonic Wieli.“ enthalten ist, Folgendes:

Nachdem Herr v. Czarlinski, welcher in zwei Wahlkreisen, Lößau und Strassburg gewählt worden war, das Mandat für Strassburg angenommen hatte, so daß demnach für Lößau eine Nachwahl stattfinden mußte, handelte es sich für die polnischen Wahlmänner in diesem Wahlkreise darum, einen Abgeordneten von denselben politischen Grundfassen wie Herrn v. Czarlinski aufzustellen. In dem Kreis-Wahlkomitee erhielten nun von den vorgeschlagenen Kandidaten, die Herren Dr. Rzepnikowski, welcher Mitglied dieses Komitees ist, und Karl v. Szanietcki je 3 Stimmen, woraus beschlossen wurde, daß Herrn v. Czarlinski die Entscheidung darüber, welcher von beiden, Herr v. Szanietcki oder Dr. Rzepnikowski, als Kandidat aufzustellen sei, überlassen werden solle. Nachdem auch das polnische Provinzial-Wahlkomitee diesem Beschlusse beigetreten war, sprach sich Herr v. Czarlinski für Herrn v. Szanietcki als Kandidaten aus, so daß nunmehr diese Kandidatur beim Provinzial- und Kreis-Wahlkomitee als sicher galt. Aber am Wahltag (28. d. M.), als die politischen Wahlmänner versammelt waren, begann zwei Stunden vor der Wahl unter denselben eine Agitation zu Gunsten der Kandidatur des Dr. Rzepnikowski, für welche besonders Herr v. Barczewski, der Vorsitzende des Provinzial-Wahlkomitees, eintrat, wogegen Propst Walke, Mitglied des Kreis-Wahlkomitees, empfahl, an der Kandidatur des Herrn von Szanietcki festzuhalten. Die Mehrheit der Wahlmännerversammlung erklärte sich jedoch für die Kandidatur des Dr. Rzepnikowski, der dann auch zum Abgeordneten gewählt wurde.

Lothales.

Posen, 1. Dezember.

* Die Nachricht, daß demnächst die Veröffentlichung der Verfügung in Aussicht stehe, daß der polnische Sprachunterricht wieder in den Volksschulen der Provinz eingeführt werden solle, wurde uns gestern Abend auf sofortige telegraphische Anfrage in Berlin bei verschiedenen unterrichteten Stellen daselbst von einer sonst glaubwürdigen Seite bestätigt; dem Wolffschen Bureau war von der Ministerialverwaltung noch nichts bekannt. Auf sofortige heute Morgen in hiesigen unterrichteten Kreisen eingezogene Erkundigungen wurde uns mitgeteilt, daß dort die Nachricht starken Zweifeln begegnet. Man nimmt an, daß es sich höchstens um die fakultative Einführung des polnischen Sprachunterrichts handeln könne.

— n. Probelektion. Von den 7 Lehrern, welche gestern, wie bereits mitgeteilt, in der I. Stadtschule vor der städtischen Schuldeputation Probelektionen hielten, ist sechs Herren die Aussicht auf Anstellung im städtischen Schuldienste eröffnet worden. Ein Lehrer wurde hauptsächlich seiner vielen Dienstjahre wegen zurückgewiesen.

r. Vakante Stellen für Militäranwärter. Im Bezirk des V. Armeekorps: Sofort beim Amtsgericht Jauer die Stelle eines Kanzleigehilfen (Lohnschreiber) mit ca. 600 M. bei einem Schreiblohn von 4 bzw. 5, 6 oder 7 Pf. für die Stelle; derselbe kann bis auf 10 Pf. für die Stelle erhöht werden. — Sofort bei der Staatsanwaltschaft zu Posen die Stelle eines Lohnschreibers mit 6 Pf. pro Seite Schreibwerk. — In der Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1894 beim Betriebsamt Slogau, Stationsorte vorbehalten, die Stellen von 3 Weichenstellern; zunächst je 66,67 M. monatliche Besoldung; bei der etatsmäßigen Anstellung 800 Mark Gehalt, welches bis 1200 M. steigt, sowie der gesetzliche Wohnungsgeldzuschuß; Beförderung zum Weichensteller I. Klasse in Aussicht. — In der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. April 1891 beim Betriebsamt Slogau, Stationsorte vorbehalten, die Stellen von drei Bahnwärtern; zunächst je 58,33 M. monatliche Besoldung; bei der etatsmäßigen Anstellung 700 M. Gehalt, welches bis 900 M. steigt, sowie der gesetzliche Wohnungsgeldzuschuß; Aussicht auf Beförderung zum Weichensteller.

Aus der Provinz Posen.

* Schneidemühl, 30. Nov. [Vom Unglücksbrunnen.] Das kostspielige Freundschaft Projekt hat keinen Erfolg gehabt. Trotz der über 2 Meter hohen Auffüttung ist die Quelle nicht versiegt, sondern das Quellwasser dringt über das Terrain aus dem Sandhügel hervor. Im Grunde genommen ist man, meint dazu das „Schneidem. Tageblatt“, wenn man aufrichtig sein will, heute trotz der Auffüttung nicht weiter als dem Tage, wo Herr Beyer auf Anordnung des Herrn Freund die Arbeit einstellen mußte. Gefährlich ist aber die Situation ebenso wenig wie damals.

Argentan, 29. Nov. [Stadtverordnetenwahl.] Mit der heutigen Stadtverordnetenwahl hat sich hier ein ständ. Kulturgeschicht abgepielt. Es wurden nach dem wochenlang stattgehabten Wahlkampf von 12 Stadtverordneten, die sämtlich neu zu wählen waren, 10 Deutsche und 2 Polen gewählt. Es wählten in der 1. Abteilung 59 Prozent, in der 2. Abteilung 80 Prozent und in der 3. Abteilung 69 Prozent. — Der gestrige Jahrmakel war durch Schneesturm und Futternot gekennzeichnet. Infolge des Schneesturms waren wenig Käufer hier, und auf dem Viehmarkt verbot der behördlicherseits abgelehnte, aber doch vorhandene Futtermangel jeglichen Verkehr.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 30. Nov. Die hiesige brasilianische Gesandtschaft theilt folgende, vom 28. November Abends datirte, offizielle Depesche des Gouverneurs des Staates Para, Lanco Sobrô, mit: Die Nachricht, daß der Staat Para sich den Insurgenten angeschlossen habe, ist vollständig falsch. Es ist hier ein Aufstandsversuch gemacht worden, der aber sofort unterdrückt worden ist.

Gannover, 30. Nov. Der Kaiser und die Kaiserin trafen um 4 Uhr Nachmittag hier ein und begaben sich im offenen vier-spännigen Wagen nach dem Schlosse.

Gannover, 30. Nov. Um 5 Uhr fand bei dem Kaiser und der Kaiserin ein Diner statt, zu dem die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden geladen waren. Um 7^{1/2} Uhr erschienen beide Majestäten im königlichen Theater und nahmen in der großen Mittelloge Platz. Der erste Rang war für die Generalität, die Spitzen der Zivilbehörden und die Familien der hier garnisonirenden Regimenter reservirt. Nach dem zweiten Akt hielten die Majestäten Cercle.

Wien, 30. Nov. Der „Budapester Korrespondenz“ zufolge erfolgt die Vorlage des Gesetzesentwurfs über das Eherecht sammt dem Motiven-Bericht in der Abgeordnetenhaus-Sitzung am Sonnabend.

Rom, 29. Nov. Die Unterhandlungen wegen der Bildung eines neuen Kabinetts lassen, wie die „Agenzia Stefani“ meldet, eine baldige Lösung der Aufgabe erhoffen. Zanardelli hatte heute mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten Besprechungen. Wie es heißt, wären die Portefeuilles gegenwärtig wie folgt bestimmt: Zanardelli Präsidium und Inneres, Saracco Auswärtiges, Sonnino Schatz, Raccelli Finanzen, Primerano Krieg, Cocco Ortú Ueberbau. Saracco ist heute Abend aus Acqui hier eingetroffen, um mit Zanardelli zu konferiren.

Rom, 30. Nov. Angesichts der durch außergewöhnliche Umstände geschaffenen Situation infolge des Nachlassens eines Moratoriums des Credito Mobiliare hat der Vorstand der Römischen Handelskammer den Termin für die Abwicklung der per Ultimo dieses Monats abgeschlossenen Engagements, sowie für eventuelle Zwangsregulirungen um 24 Stunden verlängert. — Man hält es für sicher, daß das Gericht des Credito Mobiliare morgen das nachgesuchte Moratorium gewähren wird. Der Credito Mobiliare war zu dem Schritt dadurch gezwungen worden, daß ihm seit Ende September bis gestern und besonders Ende Oktober und in den ersten Tagen des November 50 bis 60 Millionen Lire in laufender Rechnung geführte Guthaben entzogen wurden. Aus der Bilanz des Instituts soll hervorgehen, daß selbst im Falle einer Liquidation die Kontokorrentgläubiger ihre Guthaben nach kurzem Aufschub mit Zinsen vollständig zurückerhalten würden, und daß selbst, im Falle das Institut seinen Immobilienbesitz zum jetzigen Werthe veräußern würde, die Aktionäre zwei Drittel ihres Kapitals würden zurückerhalten können.

Paris, 30. Nov. Spuller begab sich Nachmittags 4 Uhr zu Casimir Périer und erklärte demselben, daß er bei der Bildung eines Kabinetts auf Schwierigkeiten stoße, weshalb er ihn bitte, mit dem Präsidenten Carnot zu konferiren. Nach der in Gegenwart Spullers stattgehabten Unterredung mit dem Präsidenten Carnot übernahm es Casimir Périer, die durch Spuller eingeleiteten Vorbereitungen zur Bildung des Kabinetts fortzusetzen. — Wie verlautet, würde Casimir Périer in einem von ihm gebildeten Cabinet das Ministerium des Aeußeren, Raynal dasjenige des Innern, Burdeau dasjenige der Finanzen und Spuller das Justizministerium übernehmen. — Der Kassationshof beschloß, die Angelegenheit von Agues-Mortes vor das Schwurgericht in Angoulême zu verweisen, da, wie die Blätter angeben, von Geschworenen im Nimes Mangel an Unbefangenheit befürchtet werde.

Paris, 30. Nov. Der Senat verhandelte heute über die von der Regierung für 1893 geforderten Nachtragskredite. Der Berichterstatter lenkte die Aufmerksamkeit des Senats auf die Nothwendigkeit der Vermehrung neuer Ausgaben. Schon jetzt ergebe sich ein Defizit von 80 Millionen und die Staatsschuld habe den Betrag von 32 Milliarden erreicht. Die Nachtragsforderungen wurden alsdann genehmigt. Die nächste Sitzung findet Sonnabend statt.

London, 30. Nov. [Unterhaus.] Der Premierminister Gladstone erklärte, im morgigen Kabinettsrathe werde erwogen werden, ob die Regierung dem Hause Vor schläge betreffs einer Verschleimung der Abwicklung der Geschäfte machen solle. — Das Oberhaus hat nach zweieinhalbständiger Debatte die zweite Lesung der Haftpflichtbill angenommen.

London, 30. Nov. Der konservative Klub in Farnham sandte gestern Abend an den Kaiser Wilhelm ein Telegramm, in welchem er denselben anlässlich des misglückten Attentatsversuches beglückwünscht. Auf dieses Telegramm ist heute folgende Antwort eingegangen: Der Kaiser sendet vielen Dank für Ihr liebenswürdiges Telegramm.

Madrid, 30. Nov. Der Minister des Auswärtigen, Moret, hat beschlossen, eine besondere Gesandtschaft nach Melilla behufs Unterhandlungen zu entsenden.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pos. Btg.“

Berlin, 1. Dezember, Morgens.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ ist der bekannte Sozialist Tölke gestern Abend in Dortmund gestorben.

Hiesige Morgenblätter melden aus Hamburg: Nach hier eingetroffenen Meldungen aus England streifen in Glasgow 3000 Bergleute.

Aus Rom wird gemeldet: Die Gendarmerie entdeckte in Catania bei einer Falschmünzerbande eine Million Lire in falschen 5 Liresnoten. Es erfolgten zahlreiche Verhaftungen. Unter den Verhafteten befanden sich 2 Munizipalsekretäre und ein Gerichtsdiener.

Man meldet aus Paris: Wie man in parlamentarischen Kreisen versichert, würde Kasimir Périer im Laufe des morgigen Tages ein Kabinet bilden, das wie folgt zusammengefaßt werden soll: Kasimir Périer Präsidentenschaft und Auswärtiges, Raynal Inneres, Bourdeau Finanzen, Spuller Unterricht, Dubois Justiz, Gounart Handel, Mercier Krieg, Admiral Laffon oder Admiral Lafèvre Marine, Loubet öffentliche Arbeiten, Kerjogu Ueberbau, Delasse Unterstaatssekretär. Man spricht, daß eine Verständigung zwischen Spuller, Raynal und Bourdeau nicht erfolgt wäre.

Aus Rouen meldet man: Auf dem Bahnhofe von Dissel la Rivière wurden zwei Depeschensacke gestohlen. Wie es heißt, enthielten die Sacke Depeschen im Werthe von 30 000 Frs.

Handel und Verkehr.

** Berlin, 30. Nov. Nach amtlicher Feststellung seitens der Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loco ohne Faß frei ins Haus oder auf den Speicher geliefert, per 100 Liter a 100 Proz.: Unversteuert, mit 50 M. Verbrauchsabgabe: am 24. Nov. 1893 51 M. 50 Pf., am 27. Nov. 51 M. 20 Pf., am 28. Nov. 51 M. 40 Pf., am 29. Nov. 51 M. 50 Pf., am 30. Nov. 51 M. 10 Pf. — Unversteuert mit 70 Mark Verbrauchsabgabe: am 24. Nov. 1893 32 M., am 25. Nov. 32 M., am 27. Nov. 31 M. 90 Pf., am 28. Nov. 32 M. 10 Pf., am 29. Nov. 32 M. 20 Pf., am 30. Nov. 31 M. 80 Pf.

W. B. Bochum, 30. Nov. In der heute hier abgehaltenen Monatsversammlung des westfälischen Kohlsyndikats wurde die Produktionsbeschränkung für Dezember auf 18 Prozent festgesetzt, gegen 22 Prozent für November. Die thatsächliche Einschränkung im November betrug nur 10 Proz.; im Oktober betrug dieselbe 11^{1/2} Proz. statt der beschlossenen 25 Proz.

W. B. München, 30. Nov. Die „Münch. Neuesten Nachr.“ erfahren von kompetenter Seite, daß die Entscheidung über den Fortbestand des Verbandes süddeutscher Walzwerke noch ausstehe. Nachdem der deutsche Walzwerkverband am 20. November beschlossen habe, sich aufzulösen, werde der süddeutsche Walzwerkverband mit der schlesisch-mitteldeutschen Gruppe in Verbindung treten. Weitere Beschlüsse hierüber sollen in der nächsten Woche in der Versammlung des süddeutschen Walzwerkverbandes gefaßt werden.

** Rom, 30. Nov. Man glaubt, daß von dem Kapital des Credit mobilier, welches nominell 75 Millionen mit achtzig Prozent Einzahlung beträgt, nach Abzug aller seit langer Zeit entstandenen Verluste noch 42 Millionen übrig bleiben werden. Man glaubt auch, daß die an neun Plätzen in der Provinz bestehenden Filialen werden erhalten werden können.

** Paris, 30. Nov. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold . . . 1 705 578 000 Abn. 2 371 000 Frs.
„ „ in Silber . . . 1 269 830 000 Jun. 2 066 000 „
Portef. der Hauptb. und der Filialen . . . 739 847 000 Jun. 139 523 000 „
Notenumlauf . . . 3 558 522 000 Jun. 106 218 000 „
Lauf. Rechn. d. Priv. . . 592 910 000 Jun. 5 531 000 „
Guthaben des Staats- schatzes . . . 174 022 000 Jun. 15 224 000 „
Gesamt-Vorläufe . . . 293 734 000 Jun. 2 591 000 „
Zins- und Diskont- Erträge . . . 8 802 000 Jun. 500 000 „
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 83,61.

** Bradford, 30. Nov. Wolle fest, Preise unverändert; oc- dinäre Kreuzschnitten eher theurer. Garne ruhig aber fester, Stoffe unverändert.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November-Dezember 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reuz. in mm; 66 m Seeshöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
31. Nachm. 2	755,3	SW schwach	bedeckt	+ 5,9
30. Abend 9	753,4	SW l. Zug	bedeckt	+ 4,8
1. Morgs. 7	746,3	SW l. Zug	bedeckt	+ 1,5

*) Starker Nebel.

Am 30. Nov. Wärme-Maximum +8,2° Cels.

Am 30. = Wärme-Minimum +4,8° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 30. Nov. Morgens 1,20 Meter
„ „ 31. „ „ 1,22 „
„ „ 1. Dez. Morgens 1,26 „

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* Berlin, 30. Nov. [Zur Börse.] Die „Nat.-Btg.“ berichtet: Die Banca del Credito mobiliare in Rom hat ein Moratorium nachgesucht. Mit einem eingezahlten Aktienkapital von 60 Millionen Lire hatte sie zu Anfang dieses Jahres im Portefeuille Effekten in Höhe von circa 50 Millionen Lire. Dieses Institut trat vor nicht langer Zeit für die italienischen Werthe, Renten- und Werblonau-Papiere mit starken Engagements ein und übernahm sich mit Spekulationen anderer Art. Schon Monate lang sprach man von der Erschütterung dieser Gesellschaft, aber gleichzeitig auch von einer Hilfe, die ihr die Banca Nazionale und auch auswärtige Konforten bringen würden. Der Auflösung dreier Zettelbanken, die die Banca Nazionale in sich aufnehmen mußte, wird nun auch dieses große Institut folgen und man möchte hier annehmen, daß auch andere Gesellschaften in Italien desselben Weges gehen könnten. Hier machte dieser Vorgang insofern Eindruck, als er die anfängliche Festigkeit, die allerdings von seinen Kurserhöhungen und regeren Umsätzen begleitet war, beeinträchtigte, jedoch dies nicht in scharfer Weise. Ob von Wien aus die Stimmung der hiesigen Börse in dem festen Tone gehalten wird, den sie seit einigen Tagen angenommen hat, läßt sich nicht feststellen. Dort hat die Haufe in Kreditaktien etwas nachgelassen, augenscheinlich zum Theil in Folge der steigenden Reportage, die doch die Lösung mancher Engagements veranlaßt. In Wien stiegen ferner Marknoten und es wurde heute ein Depot von 2^{1/2} Kreuzer für Marknoten gemeldet, ein Beweis, daß Marknoten wieder stark kontremittirt sind. Wie man aber in Wien die Situation beurtheilt, beweisen von dort einlaufende Depeschen, dahin lautend, daß der Fall des Credito mobiliare a n f t i g aufzufassen sei. Später war die Stimmung aber gedrückt; wie schon oben gesagt, fürchtete man für Italien Schwierigkeiten, die sich an diesen Vorgang knüpfen könnten. Der Verkehr zog sich zuletzt in die engsten Grenzen zurück und die Börse bot das Bild der Verbildung und Apathie dar. W o n t a n w e r t h e waren ganz geschäftslos. Ein Versuch, auf Grund angeblich besserer Kohlenberichte aus Oberschlesien den Kurs der Laura-Aktien hinaufzusetzen, hatte nur einen vorübergehenden Erfolg. Die Nachricht, daß demnächst die Delegirten der westfälischen Bergleute über die Lohn- und Streikfrage verhandeln wollen, war eher geeignet, einen ungünstigen Einfluß auszuüben.

Breslau, 30. Nov. (Schlußkurs.) Etwas schwächer.
Neue Proz. Reichsanleihe 85,20, 3^{1/2} Proz. A.-B.-Anl. 97,00, Konfol. Takt. 22,25, Takt. 85,50, 4 Proz. unq. Goldrente 94,50, Bresl. Diskontobank 97,00, Breslauer Wechselbank 95,00, Kreditaktien 206,25, Schlef. Bankverein 113,75, Donnersmarkt 91,75, Hübner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 125,25, Oberschlef. Eisenbahn 46,25, Oberschlef. Portland-Zement 83,00, Schlef. Zement 133,00, Oppeln. Zement 99,00, Kramitz 126,75, Schlef. Zinkaktien —, Laura- hütte 102,00, Verein. Delfabr. 86,50, Oesterreich. Banknoten 163,85, Russ. Banknoten 214,50, Oester. Zement 87,00, 4 Proz. Ungarische Kronenanleihe 91,00, Breslauer elektrische Straßenbahn 118,00.

Frankfurt a. M., 30. Nov. (Effekten-Sozietät.) [Schluß.] Oesterreich. Kreditaktien 277, Franzosen 250, Lombarden 87^{1/2}, Ungar. Goldrente 94,20, Gothaerbank 149,90, Diskonto-Kommandit 169,60, Dresdner Bank 29,50, Berliner Handelsgesellschaft 126,80, Bochumer Gußstahl 110,20, Dortmunder Unt. —, —, Gelsenkirchen 140,00, Harpener Bergwerk 128,00, Hwa...

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder u. Co. (H. Böhm) in Posen